

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 886 646 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Albrecht Müller MdB zu US-amerikanischen Erwägungen, die Truppen in Europa zu reduzieren: Sonderprogramm zur Konversion vorbereiten.
Seite 1

Annemarie Renger MdB zu Verfahren und Urteil gegen Frauenarzt Dr. Theissen: Nicht vereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention?
Seite 3

Gert Weisskirchen MdB zur Innenpolitik der DDR: Weg in die selbstgewählte Isolierung.
Seite 4

Adolf Salzer zum Umgang der hessischen CDU-Basis mit einer Wallmann-Order: Schwarz-braune Flirts.
Seite 5

Lothar Fischer MdB zur Ernennung von Wolfgang Wild zum ersten Generaldirektor der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten: Ein Minister ohne Fortüne wird zur DARA abgeschoben.
Seite 6

44. Jahrgang / 89

11. Mai 1989

Sonderprogramm zur Konversion vorbereiten

Zu US-amerikanischen Erwägungen, die Truppen in Europa zu reduzieren

Von Albrecht Müller MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Rüstungskonversion der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Mehr oder minder deutlich kündigen amerikanische Politiker die Möglichkeit an, die US-Truppen in Europa künftig zu reduzieren. Angesichts unserer sicherheitspolitischen Vorstellungen - Sicherheitspartnerschaft, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und Abbau der starren Blöcke in Europa - ist es nicht abwegig, gelegentlich auf die Vorstellungen der amerikanischen Partner einzugehen. Da wir tiefgreifende Abrüstungsschritte wollen, müssen wie eine Verminderung der alliierten Truppenpräsenz in der Bundesrepublik einkalkulieren - und darauf vorbereitet sein.

Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, ein „Sonderprogramm zur Konversion der alliierten Standorte in der Bundesrepublik“ vorzubereiten. Wenn wir es versäumen, unser Land auf neue mögliche Situationen wie eine Reduzierung der US-Streitkräfte frühzeitig einzustellen, laufen wir Gefahr, uns als abrüstungsunfähig zu erweisen.

Ich habe die Bundesregierung schriftlich gefragt:

1. Ist die Bundesregierung bereit, angesichts Äußerungen und Absichtserklärungen von Seiten der USA über einen möglichen Truppenabbau in der Bundesrepublik ein Sonderprogramm zur Konversion (= Umwandlung) der deutschen Arbeitsplätze in US-Standorten in zivile Beschäftigungen zu erarbeiten?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermöglicher Umgang
mit wertvollen Abzügen
Kreuzung-Papier



2. Sieht die Bundesregierung Ansätze, gegebenenfalls Flugplätze wie den in Ramstein oder Sembach für zivile Bedürfnisse, z.B. als Frachtflughafen, zu verwenden?

Einige Zahlen belegen, daß die US-Truppen bei uns bisher wirtschaftlich eine wichtige Rolle spielen, z.B. in Rheinland-Pfalz:

- 1987 waren in der Bundesrepublik 242.190 US-Soldaten stationiert.
- Allein 65.318 davon waren in Rheinland-Pfalz untergebracht.
- In diesem Bundesland kommen statistisch auf je 1.000 Einwohner 18 US-Soldaten (und dazu noch 16 Soldaten der Bundeswehr bzw. der französischen Streitkräfte in Deutschland).
- In der Westpfalz ist die Nachfrage von 72.000 US-Bürgern wirksam.
- In der Pfalz sind rd. 45.000 deutsche Arbeitsplätze direkt oder indirekt von den Stationierungstruppen abhängig.

Ein Truppenabzug hätte hier harte Folgen. Sie müssen mit einem Sonderprogramm Konversion aufgefangen werden, das differenziert genug sein sollte, um regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. Es bedarf zunächst einer Bestandsaufnahme, in der die Gebäude und technischen Einrichtungen der von den Alliierten genutzten Liegenschaften aufgelistet werden. Die Berufsstruktur der Beschäftigten muß analysiert werden. Daran anschließen müssen Überlegungen, wie vorhandene Infrastrukturen für neue Zivilarbeitsplätze genutzt werden können und welche neuen Produktlinien und Dienstleistungen zukunftsträchtig erscheinen. Zu welchen Ergebnissen solch ein Denken kommen könnte, habe ich in meiner zweiten Frage an die Bundesregierung angerissen: Ein ziviler Frachtflughafen in der Pfalz könnte den Frankfurter Flughafen entlasten und gleichzeitig einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung der Region leisten.

Fazit: Je eher wir uns mit der Umwandlung der alliierten Standorte und der Konversion der deutschen Arbeitsplätze dort beschäftigen, je schneller man das von mir geforderte Sonderprogramm erarbeitet, umso gelassener kann man auf Truppenabzugsdrohungen oder -angebote eingehen. Ich habe heute den Eindruck, daß es, vor allem in der CSU, aber auch in der CDU, Politiker gibt, für die auch im nächsten Jahrtausend noch ein Abbau der Konfrontation in Mitteleuropa unvorstellbar ist. (-/11.5.1989/rs/he)

Nicht vereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention?

Eine Nachbetrachtung zu Verfahren und Urteil gegen Frauenarzt Dr. Theissen

**Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**

Ich habe keine Zweifel daran, daß Dr. Theissen den Frauen in ihrer konkreten Notlage helfen wollte. Unbestritten ist auch, daß Dr. Theissen gegen geltendes Recht verstoßen hat.

Die Frage ist aber, ob bei der Urteilsfindung und für das unverhältnismäßig hohe Strafmaß alle Beweggründe der Frauen, die ihre Notlage Dr. Theissen überzeugend dargebracht haben, hinreichend gewürdigt wurden. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß dies nicht ausreichend geschehen ist.

Es hat eine Kampagne der öffentlichen Vorverurteilung gegen den Arzt gegeben. In der langen Prozedur ging es einigen Interessierten wohl darum, Dr. Theissen und die als Zeuginnen geladenen Frauen öffentlich an den Pranger zu stellen und Beweise gegen die Notlagenindikation zu sammeln. Einer derartigen öffentlichen Polarisierung kann sich kein Gericht entziehen.

Die öffentlichen Begleitumstände dieses Verfahrens und die Art und Weise, wie der Richter den Angeklagten - in sich widersprüchlich - charakterlich beurteilte, den Gesetzgeber kritisierte, in dem er seine Unzufriedenheit mit der gesetzlichen Notlagenindikation in die Urteilsbegründung einfließen ließ und „einen allgemeinen Verfall des Wertebewußtseins“ unterstellte, sprechen nicht für die Durchführung eines fairen Verfahrens im Sinne von Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention gegen den angeklagten Arzt.

Die Fairneß ist dann verletzt, wenn öffentliche Vorverurteilungen stattgefunden hatten oder das Gericht aus sonstigen Gründen nicht frei von äußerer Einflußnahme entscheiden konnte.

Ich bin überzeugt, daß sich hieraus Revisionsgründe ableiten lassen.

(-/11.5.1989/rs/he)

Weg in die selbstgewählte Isolierung

Zur Innenpolitik der DDR

Von Gert Weisskirchen MdB

„Von der Sowjetunion lernen, heißt wählen lernen“, so die Kommunalwahlen in der DDR ironisierend, wiesen vor dem Urnengang am letzten Sonntag Menschenrechtsgruppen auf die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der gesellschaftlichen Veränderungen hin, wie sie in den Staaten des Warschauer Paktes vor sich gehen.

Gorbatschow wählt geheim in der Kabine, Honecker geht falten - so war es auf den Bildschirmen zu sehen.

Und so bewerten die Bürger der Sowjetunion und der DDR den Wahlakt: in Moskau wird sein Ergebnis öffentlich debattiert und in Ost-Berlin wird verordnet gebelt. Die Selbstbelobigung der SED ist der Spiegel ihrer Angst vor dem eigenen Volk. Abgesehen von der bizarren Ceausescu-Diktatur: Die Führung der SED treibt die DDR in die selbstgewählte Isolierung - auch in Osteuropa.

Die Unruhe in Leipzig hält an. Sie belegt, daß die Menschen auf Änderungen warten. Stabilität, so glaubt die SED-Führung wohl immer noch, sei garantiert durch politische Bewegungslosigkeit.

Das war immer schon ein Irrtum.

Ungarn, Polen und die Sowjetunion wetteifern um Konzepte der gesellschaftlichen Umgestaltung. Sie haben erkannt, daß Stabilität nur noch durch Demokratisierung erzielt werden kann.

In dieser Perspektive steckt die Chance, Menschen neu zu gewinnen für die Teilnahme an dieser Veränderung. Warum nur schottet sich die SED-Führung gegenüber dieser Erkenntnis ab? Sie läuft Gefahr, den doppelten Legitimationsdruck durch ihre eigene Erstarrung zu erhöhen.

Der Wind der Perestrojka bläst von außen hart aus Moskau. Der Ruf nach Demokratisierung ertönt von innen immer lauter.

Die SED-Führung hat sich in der selbstgebauten Sackgasse eingemauert. Sie kann ihr nur entrinnen, wenn sie den Weg der Reform wählt. Der SED-Parteitag im nächsten Jahr verspricht spannend zu werden.

(-/11.5.1989/rs/he)

* * *

Schwarz-braune Flirts

Die hessische CDU-Basis desavouiert Wallmann

Von Adolf Salzer

Pressesprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Es sei zu begrüßen, daß nun Klarheit herrsche, ließ der hessische Justiz-Staatssekretär und Gießener CDU-Kreisvorsitzende Volker Bouffier verlauten, als sein Parteifreund Gerhard Keil zu den sogenannten Republikanern überwechselte. Keil ist inzwischen auch zum hessischen Generalsekretär der Rechtsaußenpartei avanciert.

Klarheit herrscht nun allerdings nicht, was die Haltung der Union zur Konkurrenz von rechts betrifft. Bouffier begrüßte und bedauerte zugleich den Austritt des ehemaligen CDU-Kreisvorsitzenden, Ex-Landtagsabgeordneten und jetzigen Kreisparlamentarikers Keil. Und just da, wo Keil seinen Übertritt zur Schönhuber-Partei verkündete, in der Gaststätte „Zum Einhorn“ in Fernwald, hatten wenige Tage zuvor zahlreiche CDU-Mitglieder und Repräsentanten einträchtig beieinander gesessen, wie der Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ beobachtete. Die hessischen „Republikaner“ hatten zur Eröffnung ihres Europawahlkampfes eingeladen.

Die hessische CDU-Basis desavouiert die offizielle Distanz ihrer Bonner Oberen zu den Rechtsextremen und nimmt auch Wallmanns jüngste Distanzierung von der Schönhuber-Truppe nicht ernst - kaum verwunderlich nach dem ausländerfeindlichen Wahlkampf der hessischen Union unter Wallmann. Man probiert es schon mal mit Repräsentanten oder der NPD - sich daran erinnernd, daß ja immerhin auch schon ein Ministerpräsident der Union, der Mainzer Wagner, die „Republikaner“ für grundsätzlich koalitionsfähig erklärt hat.

In Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis) stimmte die CDU-Fraktion geschlossen mit der NPD gegen eine von SPD und Grünen befürwortete Resolution, deren Kernaussage ein Nein zu jeder Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen war. Mit ihrer absoluten Mehrheit votierte sie dann für einen Text, in dem ein solches Nein fehlt. SPD und Grüne stimmten gegen diese Entschließung der CDU, die beiden NPD-Vertreter enthielten sich der Stimme.

In der Wetterau-Gemeinde Wölfersheim, wo die NPD am 12. März 17,5 Prozent der Stimmen erhielt, stimmte die CDU zusammen mit der NPD und einer Freien Wählergemeinschaft (FWG) für eine Änderung der Hauptsatzung, um so den Rechtsextremen zu Sitz und Stimme im Gemeindevorstand zu verhelfen. Man solle den Wählerwillen respektieren und dürfe die NPD daher nicht aus den Gremien heraushalten, lautete die Begründung des CDU-Vorsitzenden Alfred Wolf. Zuvor hatten CDU, NPD und FWG die parlamentarische Gepflogenheit ignoriert, einen Vertreter der stärksten Fraktion, also der SPD, zum Vorsitzenden des Gemeindeparlaments zu wählen, und stattdessen einem FWG-Mann zu diesem Amt verholten.

So viel schwarz-braune Gemeinsamkeit fand selbst die CDU-nahe „FAZ“ bedenklich: „Es bedarf kaum Phantasie, um sich auszumalen, wie argwöhnische Beobachter im Ausland auf die Nachricht reagieren, daß wenige Monate vor der fünfzigsten Wiederkehr des Kriegsausbruchs Mitglieder einer Partei, die in Bonn Regierungsverantwortung trägt, mit der NPD an einem Strang ziehen“.

Die Berührungängste hessischer Christdemokraten gegenüber den Rechtsextremen hielten sich freilich schon immer in Grenzen. Gute Kontakte zur NPD pflegte vor Jahren zum Beispiel ein Frankfurter Kaufmann namens Karl Friedrich Grau, Geschäftsführer der CDU-Tarnorganisation „Studiengesellschaft“. Er wurde bundesweit bekannt, als er mit Blick auf die hessische Landtagswahl in der Vorweihnachtszeit 1973 mit führenden NPD-Funktionären zusammenkam und mit ihnen über Wahlkampfspenden und über seine Idee verhandelte, daß die NPD bei der Landtagswahl 1974 nicht kandidieren und NPD-Mitglieder zur CDU übertreten sollten. Auch Listen von „Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftern“ legte der Christdemokrat an. Die Polizei machte ihn dingfest, als er gefälschte Juso-Aufkleber („Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn“) klebte. (-/11.5.1989/rs/he)

Ein Minister ohne Fortüne wird zur DARA abgeschoben

**Zur Ernennung von Wolfgang Wild zum ersten Generaldirektor der Deutschen Agentur für
Raumfahrtangelegenheiten**

**Von Lothar Fischer MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des
Deutschen Bundestages**

Der zukünftige erste Generaldirektor der DARA, der bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Wolfgang Wild, gilt in seiner eigenen Partei, der CSU, als Minister ohne Fortüne.

Seine Vorstellungen zur Hochschulpolitik stießen nicht nur bei den Studenten, sondern auch bei seinen Hochschulkollegen auf wenig Gegenliebe. Auch in anderen Forschungsbereichen agierte er ziemlich glücklos.

Als politischer Manager bekam er durchweg schlechte Noten, die CSU wollte ihn daher möglichst bald ablösen.

Jetzt soll er zur DARA abgeschoben werden.

Gab es schon bei der immer wieder verschobenen Gründung der DARA große Schwierigkeiten, - bis heute liegt kein überzeugendes und tragfähiges Konzept vor -, so zeigt auch die Wahl des Generaldirektors, daß die Raumfahrtpolitik der Bundesregierung an einer wirklichen Verbesserung der bundesdeutschen Chancen in der ESA nicht interessiert ist.

Der ursprüngliche Sinn und Zweck der DARA war die Konzentration der deutschen Raumfahrtaktivitäten im Hinblick auf eine bessere Interessenwahrnehmung gegenüber den europäischen Partnern und den USA.

Ob Herr Wild diese Interessen wahrnehmen und auch durchsetzen kann, muß bezweifelt werden.

Die seit langem nicht nur von SPD-Seite, sondern auch aus Forschungs- und Wirtschaftskreisen geäußerte Kritik an der Raumfahrtpolitik der Bundesregierung und ihren ungeheuren Kosten, wird gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Fehlentscheidungen weiter wachsen. (-/11.5.1989/rs/he)